

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

EG-Beitritt ist kein Ziel der schweizerischen Integrationspolitik

Bericht über die Stellung der Schweiz im Integrationsprozess: Europafähig bleiben – für unser Land von besonderem Interesse für die Zukunft

Bern (spk) **Zwar wie erwartet kein Beitrittsantrag in die Europäische Gemeinschaft (EG), aber eine noch verstärkte Hinwendung zur EG und zu Europa – «europafähig bleiben»: Das strebt der Bundesrat mit seinem am Dienstag vorgestellten Bericht «über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess» an.**

Im 217 Seiten starken Bericht kommt der Bundesrat zum Schluss, dass die Aussichten auf eine verstärkte Zusammenarbeit der Schweiz mit ihren europäischen Partnern «relativ günstig» seien. Der Bundesrat zeigt sich überzeugt, dass ein sich weiter entwickelnder europäischer Wirtschaftsraum zwischen den EFTA-Ländern und der EG im wohlverstandenen Interesse aller Parteien liege. Das sei der pragmatische Weg, betonte Bundesrat René Felber an der Pressekonferenz im Bernerhof. Der Beitritt stehe noch nicht an.

Akteur in Europa sein

Dennoch sei die Schweiz für die EG ein gewichtiger Partner. Sie habe den politischen Willen, diese Rolle und die Rolle im Herzen Europas überhaupt wahrzunehmen, unterstrich Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz. Die Schweiz wolle nicht nur Zuschauer, sondern Akteur in Europa sein. Die Partnerschaft mit der EG betreffe sowohl den Handel als auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die wissenschaftliche Forschung und die technologische Entwicklung.

Sodann stelle die Schweiz durch die Kontinuität seiner Institutionen und durch die Politik der bewaffneten Neutralität einen Stabilitätsfaktor für den Kontinent dar. Andererseits bieten schweizerische Unternehmen im Inland und in der EG «für nahezu eine Million EG-Bürger Arbeitsplätze», wird im Bericht hervorgehoben.

Die Schweiz sei bereit, so die Landesregierung in ihrem Bericht, sich solidarisch zu zeigen und keine Möglichkeit auszulassen, sich am europäischen Integrationswerk zu beteiligen. Unter den gegenwärtigen Umständen nicht der EG beizutreten – was zweifellos seinen Preis habe –, bedeute keinen Verzicht auf eine aktive Teilnahme an der europäischen

Zusammenarbeit. Denn: «Durch ihre zentrale Lage in Westeuropa, ihre Teilhabe an mehreren europäischen Kulturkreisen, durch das gemeinsame geschichtliche Erbe und ihre demokratische Tradition ist die Schweiz seit je mit Europa eng verbunden.»

Wettbewerbsfähig bleiben

Der Schlüssel für die Zukunft der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EG liege in der Entschlossenheit, gegenüber den europäischen Partnern verhandlungsfähig zu bleiben. Die Schweiz habe ihre «Europafähigkeit» zu fördern, indem sie auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet «überdurchschnittlich wettbewerbsfähig» bleibe, unter Wahrung der sozial- und umweltpolitischen Verantwortung, wird im Rapport unterstrichen.

In der Gesetzgebung müsse ein «Europareflex» entwickelt werden. Das Volk, das Parlament und die eidgenössischen und kantonalen Behörden müssten die Auswirkungen ihrer Entscheide auf europäischer Ebene mitbedenken. Neue Gesetzesvorlagen sollten soweit als möglich mit dem Recht der europäischen Partner vereinbar sein. In diesem Zusammen-

hang erinnerte Delamuraz daran, dass bei allen eidgenössischen Vorlagen auch der Europa-Aspekt geprüft werde.

Kontakte vertiefen

Die schweizerische Europafähigkeit werde sich ferner daran bemessen, «wie gut es uns gelingt, unseren Anliegen auf europäischer Ebene Geltung zu verschaffen». Kontakte auf Regierungsebene, aber auch auf der Ebene der Wirtschafts- und Standesorganisationen müssten den Nachteil vermindern, dass die Schweiz in der EG kein Mitbestimmungsrecht habe.

Die Schweiz werde gleichzeitig ihre traditionell weltweiten Beziehungen verstärken und ihre Stellung in Europa laufend überprüfen müssen. Für die Lagebeurteilung des Bundesrates werde auch in Zukunft entscheidend sein, dass es in der Zusammenarbeit mit der EG wie bisher gelingt, die gegenseitigen Beziehungen durch neue Verträge zu vertiefen.

Warum noch kein Beitritt?

Der europäische Integrationsprozess ist seit 40 Jahren im Gang. Er hat sich merklich beschleunigt, seitdem sich die Mitgliedstaaten der EG das Ziel gesetzt

haben, bis Ende 1992 einen umfassenden Binnenmarkt zu gründen – ein Europa ohne Grenzen von Dänemark bis Portugal, von Irland bis Griechenland. Der Bundesrat vertritt die Auffassung, dass die Instrumente für die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern vorhanden seien oder im Rahmen des bestehenden Zusammenarbeitsmodells geschaffen werden könnten. Die Beziehungen mit der EG seien ja bereits sehr eng.

Ein EG-Beitritt würde für die Schweiz indessen voraussetzen, dass beträchtliche politische, rechtliche, institutionelle und sachliche Schwierigkeiten überwunden werden müssten. Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen könne ein Beitritt zur EG nicht Ziel der schweizerischen Integrationspolitik sein. Insofern dränge «sich kein radikaler Kurswechsel auf». Der Bundesrat wird aber die Entwicklung in Europa mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen und die Stellung der Schweiz laufend überprüfen. Vielleicht komme einmal der Zeitpunkt, in dem «in unserem Volke eine glaubwürdige Grundwelle für den Beitritt» ausgelöst werde, heisst es zum Schluss des Reports.

Landtagssitzung

Der Landtag tritt nach der Sommerpause erstmals am Mittwoch, den 28. September, um 9 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Neben der Protokollgenehmigung weist die Traktandenliste nur zwei Tagesordnungspunkte auf: Einerseits die Vorlage der Regierung zur Schaffung eines neuen Steuergesetzes, das den Übergang von der Vermögens- und Erwerbssteuer auf die allgemeine Einkommensbesteuerung vorsieht. Zum anderen legt die Regierung eine Vorlage über einen Verpflichtungskredit für die Einrichtung einer Telefonzentrale im Erweiterungsprojekt des Postgebäudes Triesen. Weitere Landtagssitzungen sind für Oktober, November und Dezember vorgesehen.

Erneut illegale Grenzübertritte

(paff) – In den vergangenen Tagen ist eine grössere Anzahl türkischer Staatsangehöriger bei der illegalen Einreise von Österreich nach Liechtenstein durch die Schweizerische Grenzschutzstelle angehalten und von der Polizei festgenommen worden. Gegenwärtig befinden sich 98 Personen wegen des illegalen Grenzübertretts ohne gültiges Einreisevisum im Gefängnis und in eingerichteten Zivilschutzräumen in Haft. Nach Abschluss der Abklärungen durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht werden die illegal Eingereisten den Sicherheitsbehörden des Bundeslandes Vorarlberg übergeben.

In der Regel handelt es sich bei den illegal Einreisenden um Personen, die in Liechtenstein oder in der Schweiz Arbeit suchen, jedoch nicht um politisch Verfolgte. Durch den illegalen Grenzübertritt ohne gültiges Visum haben sie eine Übertretung des Gesetzes über den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländern im Fürstentum Liechtenstein begangen und werden deshalb wegen der bestehenden Fluchtgefahr inhaftiert. Nach einem kurzen Verfahren von in der Regel 4 bis 6 Tagen werden die aus Österreich illegal eingereisten Personen in Absprache und Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion Bregenz den österreichischen Behörden übergeben. Mit dem Verfahren verbunden ist in der Regel eine befristete Einreiseperrre. Die Inhaftierten werden ärztlich betreut, die türkischen Lebensgewohnheiten soweit möglich berücksichtigt. Die meisten von sogenannten Schlepper-Organisationen eingeschleppten illegalen Einreisenden haben nicht mit harten Sanktionen zu rechnen. Hingegen werden die Schlepper mit längeren Haftstrafen und auch Geldstrafen zur Verantwortung gezogen.

Symposium in Davos

Davos (spk) Im Kongresszentrum in Davos treffen sich bis zum kommenden Samstag über 130 Spezialisten aus der ganzen Welt zu einem Symposium über Sicherheit im Alpinismus. Die Tagung steht unter der Leitung von Peter Braun, Chefarzt der Zürcher Hochgebirgsklinik Clavadel in Davos. Organisator ist die Stiftung Forum Davos.

Fürstentum Liechtenstein und Europa?

Vorerst zeigt die Regierung eine abwartende bis untätige Haltung

Der Zollvertragspartner Schweiz hat nun seine Position in den Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft (EG) bekanntgegeben. Er strebt, wie der Bundesrat in seinem gestern veröffentlichten Bericht unterstreicht, keinen EG-Beitritt an, möchte jedoch die integrationspolitischen Bemühungen intensivieren. Obschon das Thema EG-Beitritt oder EG-Nicht-Beitritt schon seit längerer Zeit zur Diskussion steht, hat sich unsere Regierung bislang noch zu keiner klaren Haltung durchringen können. Die liechtensteinische Position ist bislang noch nicht definiert worden.

Im Bericht über die Aussenpolitik des Fürstentums Liechtenstein, der im letzten Jahr veröffentlicht wurde, wies die Regierung auf die Bewegung hin, in die Europa nach dem Beschluss der Europäischen Gemeinschaft zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 geraten ist. Wörtlich heisst es in diesem Bericht: «Für die EFTA-Länder und damit auch für Liechtenstein ist die in jüngerer Zeit erfolgte Intensivierung der Bemühungen zur Schaffung eines dynamischen und homogenen, die EFTA-Länder und die EG umfassenden europäischen Wirt-

schaftsraumes von vorrangiger Bedeutung.»

Obwohl die vorrangige Bedeutung erkannt wurde, sind bis anhin keine Vorarbeiten geleistet worden, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Immer wieder wies die Regierung auf die Abstimmung der eigenen Position mit dem Zollvertragspartner Schweiz hin. Die Schweiz hat nun ihre Position offiziell dargelegt, unser Land noch auf kein solches Papier hinweisen. Die bisher bekanntgewordenen Stellungnahmen beschränken sich weitge-

hend auf Absichtserklärungen: «Für Liechtenstein steht dabei, neben jeweiligen statusrechtlichen und anderen Überlegungen, die Frage einer selbständigen Mitarbeit in jenen Bereichen im Vordergrund, welche von den einschlägigen vertraglichen Regelungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz einerseits und den darauf beruhenden Sonderabkommen Liechtensteins mit der EFTA und der EWG andererseits nicht erfasst sind.»

Bisher ist nicht einmal genau definiert worden, welche Bereiche damit gemeint sind. (G.M.)

Günstige Konjunkturaussichten

Bern (AP) Die Eidgenössische Kommission für Konjunkturfragen erwartet für die kommenden Monate eine anhaltende Wirtschaftswachstum für die Schweiz und den gesamten OECD-Raum. Sowohl die Exporte wie die inländische Endnachfrage würden weiter ansteigen, schrieb die Kommission in ihrem jüngsten Vierteljahresbericht. «Grössere Störungen des Wirtschaftsgeschehens zeichnen sich nach wie vor nicht ab», heisst es im jüngsten Konjunkturbericht des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) vom Dienstag.

Die günstige konjunkturelle Entwicklung der Industriestaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werde anhalten, prognostiziert die Kommission.

Dezentralisierung der Telefonanlagen im Oberland

Die Regierung schlägt den Bau einer Anlage in Triesen vor – Triesenberg soll folgen

Mit einem Kostenaufwand von 1,3 Mio. Fr. soll im Erweiterungsprojekt des Postgebäudes Triesen eine neue Telefonanlage erstellt werden. Die Regierung hat dem Landtag eine entsprechende Kreditvorlage unterbreitet und gleichzeitig angekündigt, dass auch in Triesenberg eine weitere Anlage erstellt werden soll.

In der Regierungsvorlage heisst es dazu: Mit Datum vom 16. September 1986 hat die Regierung dem Landtag Bericht und Antrag zur Bewilligung eines Verpflichtungskredites betreffend den Erweiterungsbau und die Renovation der Post Triesen unterbreitet. Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 14. Oktober 1986 einen Kredit von 1,6 Mio. Franken bewilligt. Auf dieser Grundlage wurde die weitere Planung durchgeführt, während die Ausführung des Projektes aus Budgetgründen um ein Jahr zurückgestellt worden ist.

Am 6. November 1987 wurde das Baugesuch für das Erweiterungsprojekt der Post bei der Gemeinde Triesen eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt lagen die wesentlichen Ausführungspläne vor, die Arbeitsausreibungen waren erstellt, öffentlich ausgeschrieben und die Aufträge für die Ausführung der Bau- und Ausbaurbeiten grossenteils vergeben. Aus verschiedenen Gründen konnte dann aber die ursprüngliche Terminplanung nicht eingehalten werden.

Im Sommer des laufenden Jahres informierte die Fernmeldekreisdirektion

St. Gallen die Regierung über die enorme Zunahme des Telefonverkehrs und der Telekommunikation im Fürstentum Liechtenstein und über die sich abzeichnenden neuen Technologien. Technische und kostenmässige Auswirkungen dieser enormen Entwicklung zeigen sich insbesondere im Ortsnetz Vaduz, dem auch die Gemeinden Schaan, Triesen und Triesenberg bis nach Malbun angeschlossen sind. In vielen Bereichen sind die heutigen Kabel besetzt und die Einzugsysteme sind nicht mehr zusätzlich aufnahmefähig. Grosse Kabelausbauten der bis zu 13 km langen Ortsleitungen wären deshalb in den nächsten Jahren unumgänglich. Die Fernmeldekreisdirektion hat die möglichen Ausbau- und Entscheidungsvarianten sorgfältig untersucht und diese der Regierung schriftlich unterbreitet. Die Ergebnisse dieser Konzeptstudie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Ausbau der Zentrale in Vaduz und Ergänzung des Leitungsnetzes.
 - Zusätzliche Errichtung einer Telefonzentrale in Triesen.
 - Zusätzlich zur Zentrale in Vaduz werden zwei kleinere Telefonzentralen in Triesen und Triesenberg errichtet.
- Die Fernmeldekreisdirektion hat daher der Regierung vorgeschlagen, die dezentrale Anordnung von zwei zusätzlichen Telefonzentralen in Triesenberg und Triesen als Grundlage für den künftigen Ausbau des bisherigen Ortsnetzes Vaduz zu wählen. Erste Priorität kommt der Er-

richtung der Telefonzentrale Triesen zu. Ihr Einsatz ist für 1991 vorgesehen, während die Telefonzentrale Triesenberg voraussichtlich bis 1995 in Betrieb genommen werden dürfte. Der definitive Zeitpunkt dieser zweiten Zentrale ist abhängig von der weiteren künftigen Entwicklung (Fernschreiber, Telefon, Datenübermittlungen usw.). Dieser Argumentation konnte die Regierung zustimmen und sie hat in ihrer Sitzung vom 9. August 1988 beschlossen, den künftigen Ausbau des Telefonleitungsnetzes gemäss dem begründeten Vorschlag der Fernmeldekreisdirektion (Errichtung von zwei neuen Zentralen in Triesen und Triesenberg) vorzunehmen.

Die sofortige Untersuchung der möglichen Standorte für die Errichtung bzw. Einrichtung der Telefonzentrale Triesen kam zum Ergebnis, dass allein schon aus Gründen der Zeitvorgaben und der Verfügbarkeit von Bauland sich die Integration in das bereits beschlossene baureife Projekt der Posterweiterung Triesen geradezu aufdrängt. Zudem liegt die Post Triesen unmittelbar im Bereich der Telefonhaupttransportleitungen und befindet sich im Schwerpunkt des Triesener Telefonleitungsnetzes. Eine rasche Realisierung ist durch das Vorliegen eines bereits baureifen Projektes gesichert. Langwierige Verhandlungen zum Erwerb eines geeigneten Boden fallen weg. Eine gute Gesamtnutzung des Postareals wird erreicht.

BURO MARXER
Büro-Systeme
9470 Buchs · 9490 Vaduz
Telefon 088/6 33 10

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen
Schaan-Vaduz
aktuell – frisch und preiswert
Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.